©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

BURGENLÄNDISCHE
HEIMATBLÄTTER

Herausgegeben vom Amt der Burgenländischen Landesregierung,
Landesarchiv / Landesbibliothek und Landesmuseum

56. Jahrgang | Eisenstadt 1994 | Heft Nr. 2

„Von der Alm zur Puszta". Zur Rolle völkischer Schutzvereine bei der Angliederung des Burgenlandes an Österreich

von Andreas Streibel, Sigleß

I.
Überblick über die Geschichte des Schutzvereinswesens in Cisleithanien und in der Ersten Republik

Mit der Sensibilisierung für die an den politischen und nationalen (ethnischen) Grenzen der Alpenrepublik dem Gesamtdeutschtum dräuenden Gefahren trugen die heimischen Schutzvereine und deren Ortsgruppen in den 20er und 30er Jahren nicht unbeträchtlich zur Hebung des völkischen Bewußtseins bei großen Teilen der österreichischen Bevölkerung bei. Die Führung innerhalb der nationalen Schutzarbeit beanspruchte der 1925 aus dem mit dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns einsetzenden „Einigungswerk" hervorgegangene **Deutsche Schulverein Südmark.** In dieser Dachorganisation mit Sitz in Wien, die beinahe sämtliche analogen österreichischen Vereine umfaßte, hatten sich die bis dato größten Verbände, der **Deutsche Schulverein** (*1880 in Wien) und die Grazer **Südmark. Bund der Deutschen zur Erhaltung ihres Volkstums im In- und Ausland** (als **Südmark** 1889 konstituiert), fusioniert; sie trat ihrerseits als **Verband Österreich des Vereins** (ab 1933: **Volksbund) für das Deutschtum im Ausland** auf (hervorgegangen 1908 aus dem 1881 in Berlin gegr. **Allgemeinen Deutschen Schulverein**).

Sowohl Schulverein als auch Südmark sind Ausdruck der in der österreichischen Reichshälfte im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts sich programmatisch formierenden deutschnationalen Bewegung. Der in der Habsburger-Monarchie im Zuge der Industrialisierung mit der Ausbildung bürgerlich-industrieller Lebensformen und der damit verbundenen höheren sozialen Flexibilität einhergehende Prozeß der nationalen Bewußtseinsbildung hatte — zumal nach 1866/67 — die Relativierung der traditionellen politischen und administrativen Hegemonie der Deutschen zur Folge. Der demgegenüber ins Treffen geführte nationale Besitzstand, die Überlegenheit der deutschen wirtschaftlichen und kulturellen Standards, schien dabei gerade in ethnisch heterogenen Gebieten gefährdet, in de-

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

nen soziale Emanzipation und politische Partizipation Gleichberechtigung unter den Volksgruppen implizierten. Die deutsche nationale Argumentation reagierte damit auf den vor allem in der Verwaltung, im Handel und Gewerbe sowie in den freien Berufen erhöhten Konkurrenzdruck. Die Schutzarbeit suchte nun durch kulturelle (Errichtung und Erhaltung von Schulen und Kindergärten) und wirtschaftliche Maßnahmen (Einrichtung von Spar- und Vorschußvereinen, Förderung des Genossenschaftswesens, Bodenvermittlung) an und auf den deutschen Sprachgrenzen und -inseln die demographischen Entwicklungen im gemischtsprachigen Raum zugunsten der deutschen Bevölkerungsteile zu beeinflussen, um auf diese Weise den auf Reichratsebene im Sinne parlamentarischer Mehrheitsbildung nicht mehr garantierten allgemeinen deutschen Führungsanspruch abzusichern.

Die Konzentration der eigentlichen Schutzarbeit vor dem Ersten Weltkrieg auf die Bereiche (Volks-)Schule (Schulverein), (Klein-)Bauerntum und Gewerbe (Südmark) war freilich kein Zufall: Tatsächlich hatte mit dem Reichsvolksschulgesetz von 1869 in den gemischtethnischen Teilen Cisleithaniens ein Bildungswettbewerb eingesetzt, der die finanziellen Möglichkeiten jener Gemeinden, die als Erhalter einer öffentlichen Schule auftraten und damit die Unterrichtssprache im wesentlichen bestimmen konnten, oft überstieg. In der Untersteiermark, dem eigentlichen Schwerpunkt der Südmark-Arbeit, fürchtete das deutsche Kleinbürgertum, Handels- und Gewerbetreibende (die zudem mit Nachwuchsschwierigkeiten zu kämpfen hatten), zu Recht die slowenische (klein-)städtische Konkurrenz, zumal diese im slowenisch dominierten Umland auf eine sichere wirtschaftliche Stütze zählen konnte. Der nationale Faktor konditionierte, indem er in ihn hereingetragen wurde, den wirtschaftlichen Wettbewerb zusehends. Das Bauerntum hingegen hatte seit den früher 70er Jahren mit einer permanenten, durch Preisverfall und Abwanderung der ländlichen Arbeitskräfte hervorgerufenen Krise zu kämpfen. Dazu kam, daß zahlreiche Kleinlandwirte dem sogenannten Bauernlegen bzw. der Besitzzertrümmerung durch Bodenspekulanten oder Großgrundbesitzer zum Opfer fielen. Die Südmark griff wirtschaftlich in Not geratenen Bauern unter die Arme, indem sie ihnen landwirtschaftliches Gerät zur Verfügung stellte oder angekaufte Liegenschaften an sie verpachtete. Die Südmark förderte weiters (reichs-)deutsche Bauern, die bereit waren, sich im gemischtsprachigen Gebiet niederzulassen. Sie vermittelte (nach eigenen Angaben) im Rahmen der Bodenschutzarbeit in Oberösterreich, Niederösterreich, Kärnten und Südtirol bis 1914 20.000 Joch Grund und suchte ab 1906, durch Ansiedlung von in der Mehrzahl protestantischen Familien aus dem Deutschen Reich (die gegen den Einfluß der slowenischen katholischen Geistlichkeit immun waren) im Gebiet zwischen Spielfeld, Sveti Ilj/St. Egidi und Marburg/Maribor eine völkische Landbrücke einzurichten (eine weitere Verbindung sollte zwischen dem Radlpaß und Mahrenberg im Drautal geschaffen werden).

In den Unternehmungen der Südmark offenbart sich der intransigente Cha-

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

rakter der *Schutz*arbeit besonders deutlich: Gegen die Forderungen der national „verhetzten" Slowenen zog sie mit dem Hinweis auf historisch vorgebildete, in der kulturellen Überlegenheit begründete Herrschaftsverhältnisse ins Feld (so gesehen ist z.B. die Entwicklung der slowenischen Schriftsprache im Zuge der *deutschen* Reformation in Krain und Untersteiermark das positive Ergebnis einer kulturellen Mission). Die freilich nur vordergründig defensiven Eingriffe in die nationalen Verhältnisse an der Sprachgrenze und das Bestreben, die wirtschaftliche und kulturelle Stellung der im Süden und Südosten der Monarchie vorgelagerten deutschen Sprachinseln zu stärken bzw. auszubauen, dienten bereits vor 1914 dem unverhohlenden Drang nach Gewinnung von Lebens- und Wirtschaftsraum.

Die in mündlicher (Wanderredner) oder gedruckter Form (Periodika, Kalender, Flugblätter) vermittelte „Werbearbeit" — schließlich wurden die finanziellen Aufwendungen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Sammlungen bestritten — steuerte dazu die zum Teil wissenschaftlich verbrämten theoretischen Grundlagen bei, indem sie es nicht müde wurde, auf die in der Geschichte vorgezeichnete geostrategische Bedeutung der österreichischen Deutschen im Zusammenhang gesamtdeutscher hegemonialer Interessen im südosteuropäischen Raum hinzuweisen. (Gerade auch der „autoritär-christlich-deutsche" Ständestaat wird seiner im Rahmen der katholischen Reichsidee kulturell gefaßten Ostmark-Mission im Donauraum nicht entraten wollen. Österreich verstand sich aus seiner geopolitischen Lage an den 1918—21 gezogenen Grenzen des deutschen Sprach- und Kulturraumes heraus als dessen Mittler in Südosteuropa. In dieser Rolle suchte sich das Regime vor seinem Volk, in erster Linie jedoch vor Hitler-Deutschland zu legitimieren.)

An der organisatorischen Spitze der Schutzarbeit unübersehbar ist das Übergewicht der — zumeist in freien Berufen oder im öffentlichen Dienst tätigen — akademischen Bildungsschichten. Zwar ändert sich daran auch nach dem Ersten Weltkrieg nichts wesentlich, dennoch kann der Wandel innerhalb dieses sozialen Kernsegments der Schutzarbeit in der Haltung gegenüber Juden, die mit V. Adler und H. Friedjung noch im Gründungskomitee des Deutschen Schulvereins vertreten waren, als Indikator der um die Jahrhundertwende allgemein Platz greifenden völkisch-rassischen Intoleranz gesehen werden. Die liberal-nationalen Honoratioren im Deutschen Schulverein vollzogen die in studentischen Kreisen sich bereits in den 1870er Jahren anbahnende Radikalisierung der Deutschnationalen, die zuerst zum Bruch mit den (Alt-)Liberalen geführt hatte und schließlich Fraktionsbildungen auch innerhalb der eigenen Reihen auslöste, vorerst nicht mit. Besonders deutlich tritt dieser Konflikt in der Frage der Mitgliedschaft von Juden zutage: Schönerer, Mitglied der Hauptleitung, trat, als der vor allem von den akademischen Ortsgruppen vorgebrachten Forderung, die Ortsgruppen „judenrein" zu machen, nicht entsprochen wurde, aus dem Schulverein aus und gründete 1886 den Schulverein für Deutsche, der allerdings nach nur drei Jahren behördlich aufgelöst wurde. Der 1899 geänderte § 11 der Satzungen des Deutschen

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Schulvereins räumte den Ortsgruppen zunächst das Recht ein, über Aufnahme der Ablehnung eines Mitglieds selbständig zu entscheiden. Die Erkenntnis, daß unter den Worten: „Jeder Deutsche kann Mitglied des Vereines werden" (§5/1920) nur Deutsche „arischer Abkunft" zu verstehen seien, sollte sich dann endgültig 1921 anläßlich der Vereinigung mit dem Verein zur Erhaltung des Deutschtums im Ausland durchsetzen. Als weitaus empfänglicher für den Antisemitismus erwiesen sich die Zielgruppen der wirtschaftlichen Schutzarbeit der Südmark, (Klein-)Landwirte und das Gewerbe in der Provinz, die zu den Verlierern der liberalen kapitalistischen Wirtschaftspolitik gehörten, wobei letztere zudem die jüdische Konkurrenz fürchteten: die Mitgliedschaft im Grazer Schutzverein, der Schöneres 1889 behördlich aufgelösten Schulverein für Deutsche aufsog, war von Anbeginn an „Stammesdeutschen", ab 1907: „Ariern", vorbehalten.

Als am Ende des Ersten Weltkriegs die Grenzen im Süden und Osten der Republik Schauplatz mehr oder weniger heftiger (para-)militärischer Auseinandersetzungen wurden und Teile des ehemals österreichischen und ungarischen Deutschtums als *Minderheiten* unter fremdnationale Herrschaft gerieten, stießen die von der Schutzarbeit schon vor 1914 entwickelten Ideologeme auf breite politische Resonanz. Das mochte weniger an dem — tatsächlich parteienübergreifenden — unbedingten Eintreten für den „Zusammenschluß aller deutschen Stämme" (Satzungen des Deutschen Schulvereins Südmark, 2. Absatz/b/1925) als vielmehr an den unmittelbar nach Unterzeichnung des „Schandfriedens" einsetzenden Maßnahmen zur Hebung des völkischen Bewußtseins gelegen haben: Die unter dem Eindruck des Kriegsdesasters und der darauffolgenden nationalen und politischen Neuordnung Europas ausgegebenen Durchhalteparolen, die das Fronterlebnis in die Haushalte deutsch empfindender Familien trugen, suggerierten eine Art permanenten Kriegszustand, der den psychologischen Widerstand gegen das „Friedensdiktat" aufrechterhielt. Ihre betont antimarxistische und antisemitische Ausrichtung konnte mit Zustimmung besonders in mittelständischen Kreisen rechnen, die nun vom sozialen Abstieg bedroht bzw. bereits erfaßt waren und bei denen patriotische Bindung an das pluralistische Österreich gar nicht erst aufkam.

Die Schutzarbeit profilierte sich in dieser Phase endgültig als Instrument politischer Willensbildung, drang sogar — wie wir im Zusammenhang mit dem Burgenland noch sehen werden — auf die Ebene politischer Entscheidungsfindung vor. Die nach dem liberalen Vereinsrecht von 1867 als unpolitische Rechtskörperschaften ausgewiesenen Schutzvereine hatten von Anbeginn an Schüler, Studenten und Frauen in die Ortsgruppentätigkeit miteingebunden und somit die ethnozentrischen Inhalte der „nationalen Selbsthilfe" selbst an eine bis 1918 zum Teil politisch rechtlose Anhängerschaft weitergegeben. Die ostentativ zur Schau getragene Überparteilichkeit konnte nun gerade in der Zwischenkriegszeit über den eminent politischen Gehalt der Schutzarbeit nicht hinwegtäuschen. Der Deut-

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

sche Schulverein Südmark appellierte bei der „Verfolgung seiner dem ganzen Volke dienenden Ziele" an die nationale Solidarität „aller deutscher Volksgenossen" ungeachtet ihrer „parteipolitischen Bindungen oder Standeszugehörigkeit" Ähnlich dem Nationalsozialismus, der sich ebenfalls als eine den „Parteienstaat" überwindende, im Volkstum wurzelnde *Bewegung* begreifen sollte, beanspruchten die Schutzvereine einen — freilich nur scheinbar — jenseits der Klassengegensätze und parteipolitischen Auseinandersetzungen liegenden Raum für sich. Tatsächlich jedoch nahm die *wissenschaftliche* Schutzarbeit sehr wohl soziale Differenzierungen vor, indem sie zu Recht erhöhte — bewußte oder unbewußte — Assimilationsbereitschaft bzw. nationale Resistenz im Zusammenhang schichtenspezifischer Interessenslagen und soziokultureller Faktoren begriff. Abgesehen von (allerdings signifikanten) regionalen Unterschieden erwiesen sich Angehörige des ländlichen und kleinstädtischen Proletariats in gemischtsprachigen Gebieten im allgemeinen als viel anfälliger für Assimilation als etwa das gebildete Bürgertum (gilt nicht für Deutschwestungarn, das spätere Burgenland), vor allem aber als das Bauerntum. Die konsequente Idealisierung des österreichischen Bauerntums, das sich in tausend Jahren deutscher Geschichte in seinem „Grenzer-Dasein" bewährt hatte und in dem man daher den Ausgangspunkt einer gesellschaftlichen Erneuerung auf völkischer Grundlage zu erkennen meinte, barg darüberhinaus auch handfeste protofaschistische Inhalte. Die Verklärung vorindustrieller Produktionsformen, die durch ihre weitgehende Autarkie bestachen, und der konservativ-patriarchalischen Herrschaftsstrukturen des *ganzen Hauses* hatte bereits Tradition, im Kontext der österreichischen Verhältnisse nach 1918 trat deren politische Relevanz allerdings deutlicher denn je zutage. Zumal sich die Abwehr „deutschfeindlicher Einflüsse" sich nun nicht mehr auf *exogene* Fährnisse allein bezog, sondern den Gegner auch im Inneren, speziell im großstädtischen Bereich, ortete und politisch-weltanschauliche Konflikte mit rassistischer Diffamierung verquickte: Vom Roten Wien aus bliesen die im Sold „Judas" stehenden marxistischen Parteien zum Angriff auf überkommende Ständeordnungen (den systemsprengenden Begriff der Klasse mied man geflissentlich) und stellten damit im Namen der *Internationalen* Solidarität den Zusammenhalt des Volkstums in Frage. Dennoch verlieren die in den 20er Jahren parteipolitisch noch vorwiegend der Großdeutschen Volkspartei und — regional — dem Landbund zuzurechnenden bürgerlichen Kernschichten der Schutzvereinsbewegung gegen Ende des Jahrzehnts gegenüber der NSDAP und ihren Gliederungen, und hier vor allem der SA, an Terrain. Mit ihrem antibürgerlich-„revolutionären" Auftreten, ihrem aggressiven Antisemitismus und Militarismus, die vor allem jugendliche Aktivisten (Studenten), deklassierte Bürgerliche und ehemalige Offiziere ansprachen, brach die Hitler-Bewegung in den frühen 30er Jahren endgültig in den Deutschen Schulverein Südmark ein.

In den 20er Jahren stellten sich die großdeutschen Kreise in Österreich in den Dienst der unmittelbar nach Unterzeichnung der Friedensverträge einsetzenden,

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

vom Deutschen Außenamt koordinierten Revisionspolitik: Die österreichische Deutsche Arbeitsgemeinschaft, die von der Deutschösterreichischen Mittelstelle des Deutschen Schutzbundes (*1919 in Berlin) die zur Führung ihrer Geschäfte notwendigen Geldmittel erhielt, richtete im Herbst 1921 eine Stelle zur Rechts- und Verwaltungsangleichung ein; Deutscher Schulverein und die Südmark gehörten der von der Schober-Regierung großzügig subventionierten DAG freilich an. Sie beteiligten sich auch an der ebenfalls über den Deutschen Schutzbund laufenden Ansiedlung reichsdeutscher Bauern an den „Grenzen des geschlossenen Sprach- und Siedlungsgebietes und im bedrohten Innern Österreichs", i.e. in Südkärnten, der Südsteiermark, im nordöstlichen Niederösterreich (Marchfeld) sowie im Burgenland. Den Verkauf der Wirtschaften vermittelte die vom Deutschen Schulverein gegründete Deutsche Bodenbank (bereits im September 1918 [!] hatte die Südmark die Kärntner Bodenvermittlungsgesellschaft eingerichtet). Als getarnte Stellen des Deutschen Außenamtes, die den Kontakt zum Verein für das Deutschtum im Ausland, der sich 1921 mit dem Deutschen Schulverein vereinigt hatte, herstellten, traten die Deutsche Stiftung (*1920) sowie die OSSA Vermittlungs- und Handelsgesellschaft mbH (*1926) und (ab 1928) deren Tochtergesellschaften auf. Die OSSA wickelte u. a. ebenfalls die Ansiedlung reichsdeutscher Bauern vor allem in Kärnten und der Steiermark ab und trieb mittels Kreditvergaben oder Aktienbeteiligungen die Durchdringung Österreichs mit deutschem Industrie- und Finanzkapital voran. (Die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit im BKA stellt dazu 1935 fest, daß die Deutsche Stiftung „Zuwendungen für deutsche Schulen und Büchereien im Auslande" vermittle, die Vereinigten Finanzkontore, eine OSSA-Tochtergesellschaft, nicht nur „die gesamten Presseinteressen im Auslande verwaltet", sondern zudem „wirtschaftliche und finanzielle Unterstützungen an Genossenschaftsverbände etc." gewähre.)

In der Zeit von Juni 1933 bis Anfang März 1938 (Innenminister und Bundesleiter des Volkspolitischen Referats in der VF, Seyß-Inquart: „Dem Deutschen Schulverein Südmark bleibt die Freiheit seiner kulturellen Schutzarbeit gewahrt.") war es vor allem dem Verhandlungsgeschick und der Rabulistik der Führungsgremien zu danken, wenn die Schutzarbeit als solche ausgerechnet mit dem Hinweis auf deren unabdingbare *Überparteilichkeit* vor dem Einbau in die V.F. bewahrt wurde. (Allerdings hätte das in diesem Fall abzulegende Bekenntnis zum österreichischen Staat den Verein von innen her aufgerieben.) Dazu kam, daß Exponenten der *nationalen Opposition,* die im unmittelbaren Vorfeld bzw. infolge des Juli-Abkommens 1936 zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung *herangezogen* worden waren, zugunsten des Schutzvereins intervenierten (Glaise-Horstenau) oder sich der noch verbliebenen völkischen Verbände bedienten, um Nationalsozialisten außerhalb der nach wie vor illegalen Partei auf *unpolitischem* Terrain zu sammeln (Seyß-Inquart). Weiters bestanden Verbindungen zu dem von Bundeskanzler Dollfuß angeregten, im März 1934 gegründeten Österreichischen Verband für volksdeutsche Auslandsarbeit, dessen Aktivisten sich in erster Linie aus Cartellverbandskreisen rekrutierten und der sich zwar ebenfalls der

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

„Pflege völkischer Arbeit" verschrieben hatte, sich im Gegensatz zum Deutschen Schulverein Südmark jedoch zur Eigenstaatlichkeit Österreichs bekannte. Dennoch erklärte Obmann Hofrat F. Habel im Oktober 1934 gegenüber dem Obmann des Deutschen Schulvereins Südmark, dem gegen Wartegeld beurlaubten Min.-Rat im Unterrichtsministerium Dr. M. Mayer, daß es zu keinen Beeinträchtigungen oder Interessensüberschneidungen kommen werde — schließlich saßen neben ihm noch zwei weitere Vertreter des Österreichischen Verbandes in der Schulvereins-Hauptleitung.

Freilich war es dem Bundeskanzleramt nicht entgangen, daß die illegale NSDAP in zahlreichen Ortsgruppen Stützpunkte unterhielt und Nationalsozialisten Schlüsselpositionen einnahmen. Auch die dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland unter seinem „Reichsführer", dem Kärntner Hans Steinacher, aus taktischem Kalkül bis 1937 formal gewahrte Unabhängigkeit von den reichsdeutschen Parteistellen konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß dessen österreichischer Landesverband sowie die Ortsgruppen in den Nachfolgestaaten und in Italien den propagandistischen Zugriff der NSDAP, der ab 1936 über die eigens dafür eingerichtete Volksmittelstelle (VOMI) lief, auf das Grenz- und Auslandsdeutschtum und die damit verbundene antiösterreichische Agitation deckten. Das nationalsozialistische Deutschland trat - derart getarnt — als alleinberechtigte Schutzmacht der deutschen Minderheiten gegenüber den nationalen Interessen der jeweiligen Gaststaaten auf und forderte unbedingte ideologische Disziplin, den psychologischen Zusammenhalt der Volksgruppe mitunter (so etwa in Südtirol) bewußt gefährdend. Das Vaterländische Regime glaubte aber auch, aus der nach dem Juli-Putsch eingetretenen Polarisierung zwischen radikalen Nationalsozialisten und *verständigungsbereiten* Nationalen profitieren zu können. Diese suchte man, um sich nicht an die illegale NSDAP wenden zu müssen, in deren noch rechtmäßig bestehenden organisatorischen Sammelpunkten, wie dem Deutschen Turnerbund, dem Deutschösterreichischen Alpenverein oder eben dem Deutschen Schulverein Südmark. Der noch vor dem Juli-Abkommen 1936 seitens der Regierung und der VF einsetzende Eiertanz um den Deutschen Schulverein Südmark manifestierte sich deutlich in der Frage des Anschlußparagraphen. Diese sowie weitere Fragen bezüglich der Stellung des österreichischen Schutzvereins zum Berliner Volksbund für das Deutschtum im Ausland und des Einbaus vaterländischer Vertrauenspersonen in die Hauptleitung, Ortsgruppen- und Kreisleitungen wurden am 19. März 1936 im Rahmen einer Besprechung unter dem Vorsitz Oberst Adams (VF) erörtert. Nachdem man sich bei einer internen Sitzung, an der neben Adam die Staatssekretäre Pernter und Hammerstein-Equord, Ministerialrat Egger (Unterricht) und Sektionschef Allgayer (BKA) teilnahmen, auf einen modus procedendi festgelegt hatte, wurde Obmann Mayer der Verhandlung beigezogen. Vorneweg dürfte diesem ein maschinschriftliches (wahrscheinlich eine der Schreibmaschinen des BKA) Papier mit dem von den offiziellen Stellen geforderten Wortlaut der zu ändernden Satzungsparagraphen vorgelegt worden sein:

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

„[. .]
Paragraph 1.
1. Die Farben des Vereines schwarz-rot-gold erscheinen auch im Hinblick auf die deutschen Verhältnisse vollkommen überholt. Die Vereinsfahne hätte die österr[eichischen] Farben zu tragen.
Paragraph 2.
1. Die Erziehung der Jugend hat nicht nur zur volkstreuen, sondern auch zur vaterländischen Gesinnung zu erfolgen.
2. Das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und für den Zusammenschluß aller deutschen Stämme ist eine politische Forderung, die sich zum Teil mit der österr[eichischen] Verfassung nicht vereinbaren läßt. Dieser Punkt der Statuten hätte zu fallen. [. .]" (AdR/BKA: Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit 22gen 300452/A.E. 318391/St. B. 36)

In die am 10. Mai 1936 von der Jahres-Vollversammlung beschlossenen, am 9. Juni per Erlaß des BKA genehmigten Statuten wurden die Vereinsfarben ebenso unverändert übernommen wie der die Jugend betreffende Passus [!], der inkriminierte Anschluß-Paragraph durch folgenden Wortlaut ersetzt:
„Kulturelle und wirtschaftliche Maßnahmen zum Schutze der deutschen Minderheiten im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und aus dem Gesichtspunkte des lebendigen geistigen Zusammenhanges mit dem Gesamtdeutschtum."

Die Vertreter des Ständestaates waren vier Monate vor dem Juli-Abkommen bemüht, einen der nach dem Juni 1933 wichtigsten Exponenten der österreichischen Anschlußbewegung für die vaterländische Idee zu gewinnen und — angesichts seiner Breitenwirkung — vor den eigenen Karren zu spannen. An die imperiale Geschichte der Habsburgermonarchie anknüpfend, suchte die autoritäre österreichische Führung, die staatliche Souveränität des Landes mit dessen *christlich-katholischer* Sendung im mittel- und südosteuropäischen Raum vor dem Nationalsozialismus zu legitimieren. Der schon vor 1914 prekäre politische Führungsanspruch der Deutschen in der österreichischen Reichshälfte wird unter dem Eindruck der ökonomischen und (außen-)politischen Schwäche der Ersten Republik voll und ganz auf die kulturelle Ebene verlagert. Der Deutsche Schulverein Südmark setzte nun bei seiner systematischen Unterwanderung der Unabhängigkeit Österreichs den Hebel bei den Bastionen des zu errichtenden *Heiligen Reiches* an: im Grenz - und Auslandsdeutschtum, wo durch eine adäquate Volkstumspolitik die deutsche Suprematie augenfällig unterstrichen werden sollte. Dabei hatte der Nationalsozialismus gegenüber den kulturimperialistischen Ambitionen des Ständestaates den unbestreitbaren Vorteil, sich bei dem ebenfalls intendierten Aufbau eines Großreiches unter deutscher Führung auf eine ungleich größere Machtbasis stützen zu können.

Jedenfalls, so geht aus einer „Abschrift der 24. Verhandlungsschrift des Geschäftsführenden Vorstandes des Deutschen Schulvereines Südmark in Wien **vom 17. Juni 1936**" [im Orig. unterstr.] hervor, habe Staats- und Generalsekretär

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

der VF Guido Zernatto im Rahmen einer Vorsprache am 15. Juni bekräftigt, daß dem Schutzverein nach dem 10. Mai **„weder von Seite der Regierung, noch von der Seite der Vaterländischen Front irgendeine Behinderung bereitet, im Gegenteil tunlichste Förderung ins Auge gefaßt wird"** [im Orig. unterstr.]. Weiters habe Zernatto festgestellt, daß die Mitgliedschaft bei der VF keineswegs die Voraussetzung für die Bekleidung von Ausschußstellen in den Strukturen des Schutzvereins bilde. Das Generalsekretariat — und nicht die Landesleitungen — der VF sei die alleinige Schiedsinstanz, und er, Zernatto, **„[stehe] dem Verein durchaus freundlich gegenüber, [erkenne] völlig die Notwendigkeit der Unabhängigkeit des Vereines, wie auch die Grundlegung in der Volksgemeinschaft"** [im Orig. unterstr.], weshalb die ehemalige Zugehörigkeit „zu irgendeiner politischen nunmehr verbotenen Partei" völlig getrennt von der Zugehörigkeit zum Deutschen Schulverein Südmark zu betrachten sei, einzig „tagespolitische Erörterungen" würden den vom (Vereins-)Gesetz vorgegebenen Rahmen übersteigen. Ansonsten aber erbringe der Verein **„wertvolle Arbeitsleistungen, die der Staat** infolge außerpolitischer und innerpolitischer Rücksichten **„unmöglich selbst leiten kann"** [im Orig. unterstr.] (AdR/BKA: Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit 15/4 303478/36, Bdespoldion/Staatspol. Büro Graz, 4. 1. 1937)

Die Frage der Stellung des Deutschen Schulvereins Südmark zum übergeordneten Volksbund für das Deutschtum im Ausland fand eine Lösung insofern, als — mit Zustimmung der österreichischen Bundesregierung [!] — die Verhältnisse von vor 1933 wiederhergestellt wurden, Obmann Mayer in der Berliner Bundesleitung wieder den stellvertretenden Vorsitz übernahm. Hans Steinacher, der in der Hauptversammlung des österreichischen Landesverbandes am 3. Oktober 1937 darüber seine Befriedigung zum Ausdruck brachte, hatte — wie bereits erwähnt — in einer Art vereinsinternem Putsch, der in vorauseilendem Gehorsam der drohenden Gleichschaltung zuvorkommen sollte, am 29./30. April 1933 die Leitung der Geschäfte des Volksbunds für das Deutschtum im Ausland übernommen und so die von der deutschen Reichsregierung geplante Zentralstelle der Volkstumsverbände verwirklicht. Tatsächlich konnte deren Integration in den nationalsozialistischen Staatsapparat, welche die Auslandsarbeit (in deren Bereich auch Österreich fiel) erheblich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht hätte, für die nächsten Jahre hintangehalten werden. Heß, der von Hitler beauftragt worden war, die Volkstumspolitik des Dritten Reiches mit der offiziellen Außenpolitik abzustimmen, garantierte (in einem Brief vom 2. Juni 1933) dem Volksbund die Unabhängigkeit von Regierung und Partei, die sich aufgrund der internationalen Kräftekonstellationen vorerst nicht exponieren konnten und dies umso lieber einer nicht amtlichen und *überparteilichen* Organisation überließen. Am 3. Oktober 1937 jedoch war die von der Reichsjugendführung und der Auslandsorganisation der NSDAP betriebene, am 19. Oktober erfolgte Amovierung („Beurlaubung") Steinachers längst beschlossene Sache. Der VDA galt trotz der Gleichschaltung seiner Führung innerhalb nationalsozialistischer Parteikreise als „reaktionär", die vom Reich direkt oder indirekt betriebene Volkstumspolitik sollte

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

nun vollständig auf die Parteilinie, d.h. auf den 1936/37 eingeschlagenen expansionistisch-imperialistischen Kurs der deutschen Außenpolitik gebracht werden. (Als weiterer Grund für die Entfernung Steinachers wurde sein Südtirol-Engagement angegeben, womit der Kärntner beim italienischen Bündnispartner angeeckt habe.) Auch in Österreich befürchtete man trotz beschwichtigender Stellungnahmen seitens der Hauptleitung des Deutschen Schulvereins Südmark eventuelle Auswirkungen der Affaire, zumal, wie es in einer streng vertraulichen Information aus dem BKA: Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit vom 1. Dezember 1937 heißt (AdR/NPA: Liasse Steinacher), „die Politik, die Staatsrat Seyß-Inquart betreibt, sich hauptsächlich einerseits in Österreich auf den ‚Deutschen Schulverein Südmark' und den ‚Deutschen Turnerbund' stützt, andererseits in Deutschland auf den V.D.A. und dem [sic] zur Verfügung stehenden Verbindungen. [. .] Innerpolitisch ist die Sache sicherlich [. .] aus dem Grunde wichtig, weil durch Einschachtelung des V.D.A. in eine Parteiorganisation [und zwar in die Volksmittelstelle, was auch der Fall war] Seyß-Inquart und seinen Hintermännern, von denen einige sogar geneigt sind, in verschiedenen kulturellen Angelegenheiten mit oder unter der Führung der VF zu arbeiten, den Boden verlieren würden und die ohnedies radikalen Illegalen noch mehr Auftrieb und selbstverständlich auch Unterstützung vom Reich erhalten würden."

Nun angesichts der sich im Frühjahr 1938 überstürzenden Ereignisse sollte sich erweisen, daß die nationalsozialistische Penetration des *unpolitischen* Deutschen Schulvereins Südmark zum Zeitpunkt des Anschlusses so weit gediehen war, daß sich der Schutzverein noch vor seiner endgültigen Gleichschaltung („Neuordnung") und Überführung in den VDA, die auf der Hauptversammlung am 8. Mai formell sanktioniert wurde, für die „Vorbereitung" der Anschluß-Volksabstimmung im April zur Verfügung stellte, am 15. desselben Monats die Aufforderung an alle Ortsgruppenleitungen erging, „Hemmungen, Unterdrückungen und Verfolgungen der Schutzarbeit" zwischen 1933 und 1938 mitzuteilen. In seiner Rede über deutsche Schutzarbeit bekennt der kommissarische Leiter des Deutschen Schulvereins Südmark, Minister Hueber, freimütig, „die Zusammenhänge zwischen Verband [dem Deutschen Schulverein Südmark] und Nationalsozialismus, die schon früher bestanden hätten, wären trotz aller Quertreibereien der Schuschnigg Regierung niemals gelockert worden." (Wiener Neueste Nachrichten vom 9. 6. 1938). Und er fügt gleich hinzu: „Der Nationalsozialismus, der so sehr im Volkstum wurzelt, betrachtet es als eine seiner Hauptaufgaben, deutsches Volkstum immer und überall zu fördern. Hier liegt die Grundlage für jede Schutzarbeit im Grenzgebiet. Vor allem müssen wir uns unserer Grenzen bewußt sein und an den eigenen Grenzen Ordnung machen."

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

II.
Österreichische Schutzvereine in (West-)Ungarn und im Burgenland 1906—1922

Das ungarische Nationalitätengesetz von 1868 garantierte dem einzelnen Angehörigen der nichtmagyarischen Völker das Recht auf freie Entfaltung seiner nationalen und kulturellen Eigenart, wobei ein in diesem Sinne ausgearbeitetes Schulgesetz aus demselben Jahr die Grundsätze für den dort sichergestellten Unterricht an Volks- und Mittelschulen in den Sprachen der Nationalitäten festlegte. Die nun im Laufe der nächsten vier Jahrzehnte vorgenommenen Änderungen machen die sich zunehmend radikalisierende Magyarisierungspolitik besonders deutlich. Gerade am Beispiel der Schulfrage zeigt sich aber auch, daß die privaten Schutzverbände im Spannungsfeld nationaler Interessen in einem Bereich agierten, den sie nicht zuletzt aufgrund des Fehlens verbindlicher Rechtsnormen und internationaler Schiedsinstanzen ohne weiteres für sich beanspruchen und daher argumentativ autonom ausfüllen konnten. Den Druck realer politischer Verhältnisse suchte die deutsche Schutzarbeit in Ungarn daher wettzumachen, indem sie nicht die juridische Zuständigkeit einer Schutz-, sondern die postulierte Autorität einer politischen und kulturellen Weltmacht in die Waagschale warf. So heißt es im ersten Aufruf des Mitte August 1881 in Berlin gegründeten Allgemeinen Deutschen Schulvereins, in dessen Mittelpunkt die aktuelle ungarische Schulgesetzgebung steht:

„Es genügt nicht, daß deutsche Gegenden in einzelnen Kronländern Österreichs gegen Slawisierung geschützt werden. Es muß ein solcher vielmehr den Deutschen überall zuteil werden, wo sie in Gefahr stehen, durch eine der deutschen Kultur feindliche Nation in ihrem heiligsten Erbteil, der deutschen Bildung [,] verkümmert zu werden. Vor allem sind es jetzt die Deutschen un Ungarn und Siebenbürgen, welche unserer Hilfe bedürfen. Trotz der gesetzlichen Zusicherung der Gleichberechtigung der Sprache hat die herrschende madjarische Minderheit seit einer Reihe von Jahren konsequent dahin gearbeitet, die deutsche Bildung in den ungarischen Kronländern zugrunde zu richten. [. .] So dankt es der Madjar, daß ihm der Deutsche nicht nur die Befreiung von der Türkenherrschaft brachte, sondern überhaupt erst das Licht europäischer Bildung über die ungarischen Länder verbreitete. / Diesen empörenden Zuständen gegenüber, die Deutschen in Ungarn und zu Siebenbürgen zu unterstützen, ihnen in der Strebung der Bewahrung ihrer deutschen Kultur beizustehen, ist deutsche Pflicht, es ist vor allem die Pflicht der 40 Millionen Deutschen, welche sich im deutschen Reiche des Vollbesitzes der Segnungen deutscher Kultur erfreuen. Es bedarf aber zu diesem Zwecke einer wirksamen Organisation, welche, jeder politischen Parteistrebung fern, sich das große Ziel setzt, daß es nirgends auf der Welt dem Deutschen an Mitteln fehlen darf, sich und den Seinigen deutsche Bildung zu schaffen und zu erhalten. Möge die Organisation des Allgemeinen Deutschen Schulvereins [. .] im-

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

stande sein, eine solche Schutzwehr zu bilden, die überall da wirksam wird, wo moderne Barbarei es wagt, deutsche Bildung mit Füßen zu treten [!]."[1]

In der österreichischen Reichshälfte reagierte man auf die nationale Unifizierung in Ungarn, wo das restriktive Vereinsrecht die Entstehung einer autochthonen deutschen Schutzvereinsbewegung verhinderte, relativ spät. Der aus dem Sudetenraum stammende, in Wien lebende Volksschullehrer Josef Patry (1870—1953) legte hierzu mit seinem am 17. Juni 1906 im Alldeutschen Tagblatt (Wien) veröffentlichten und als Flugschrift verbreiteten (Leit-)Artikel „Westungarn zu Deutschösterreich!" den Grundstein. Dort prophezeit Patry den Zerfall der Doppelmonarchie und den darauf folgenden Kampf um nationale Einflußsphären im Donauraum. Daher schlägt er die „Angliederung des größtenteils von Deutschen bewohnten Gebietes zwischen Donau und Raab mit Preßburg, Raab und Komorn, den beiden Schüttinseln und [der] wenigen deutschen Dörfer südlich der Raab entlang der steirischen Grenze mit dem Hauptort St. Gotthard" vor. Als Entschädigung für das abzutretende Gebiet, in dem die magyarische Bevölkerung die relative Mehrheit bildet[2], bietet Patry Dalmatien und Bosnien mit der Herzegowina an, die noch ausstehende Lösung der Fragen im Zusammenhang mit dem übrigen ungarländischen Deutschtum überträgt er dem ersehnten Großdeutschland und macht dabei aus seiner ideologischen Heimat kein Hehl:

„Deutsche Österreicher! [. .] Wollt ihr 350.000 treuherzige, biedere deutsche Bauern den Vettern der Hunnen überantworten, dann legt ruhig die Hände in den Schoß. Wir Schönerianer haben unsere nationale Pflicht erfüllt, haben euch aufmerksam gemacht, die Verantwortung tragt ihr, die anderen deutschen Parteien, wenn ihr uns im Stich lasset. / Die Weltgeschichte wird euch einst anklagen, wenn

1 Zit. bei: G. Weidenfellner: VDA. Verein für das Deutschtum im Ausland. Allgemeiner Deutscher Schulverein (1881—1918). Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Nationalismus und Imperialismus im Kaiserreich, Bern/Frankfurt/Mai 1976, 172f.
Der Topos der deutschen kulturellen Überlegenheit hält sich — bei gegebener mentaler Disposition — selbst in wissenschaftlichen Arbeiten noch bis nach 1945. So schreibt Josef Tschida in seiner 1947 approbierten Dissertation: „Mehrere Jahrhunderte hinduch war das Burgenland dem fremdländischen [!] Einfluß der Madjaren ausgesetzt. Trotzdem muß man voll Bewunderung sagen, daß die Bevölkerung in diesem Kampfe nicht nur ihr Volkstum bewahrt hat, sondern daß sie mit ihrer staatlichen Zugehörigkeit zu Ungarn das helle und klare Licht deutscher Kultur in dieses fremde Land hineinzutragen wußte." (Die Stellungnahme der Wiener Presse zum Anschluß und zur Errichtung des Burgenlandes, Diss. masch, Wien 1947, 30; vgl. auch: Friedrich Szmudits: Geschichte der Angliederung des Burgenlandes an Österreich, Diss. masch., Wien 1937, wo von der ungarischen „Furcht vor dem Deutschtum und vor der Kulturmacht des deutschen Geistes" die Rede ist; 39.)

2 „Die Madjaren in diesem Gebiete sollten uns als Geiseln für schonende Behandlung der Deutschen in den übrigen Teilen Ungarn dienen." [!] zit.: Wie das Burgenland zu Österreich kam. Lebensgang und Schicksale eines deutschen Lehrers, pag. Manuskript, 81; BLA, Anschlußarchiv Fasz. 2 A/IV — 1: Nachlaß Patry

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

ihr es versäumt, 1/3 Millionen tüchtiger Volksgenossen auf vollkommen friedlichem Wege unserem Volkstume für alle Zukunft zu erhalten. Den nationalen Fortbestand aller übrigen Deutschen in Ungarn zu sichern, dazu reicht unsere Kraft allein nicht aus. Dies müssen wir bis zu jenem großen Zahltag verschieben, an dem das ‚größere Deutschland' Abrechnung pflegen wird mit den Söhnen der Steppe." [!]

Der Gedanke, durch Eingriffe in den politisch-territorialen Aufbau der österreichischen Reichshälfte und die damit verbundenen demographischen Verschiebungen die politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Deutschen zu beeinflussen, taucht schon im sogenannten Linzer Programm (Punkt I/2,3) auf. Selbst im unmittelbaren Vorfeld von Patrys Artikel druckt das Alldeutsche Tagblatt ähnlich lautende Stellungnahmen ab, die unter dem Eindruck der ungarischen Bestrebungen nach Revision des Ausgleichs, welche in den Jahren 1905/06 ihren vorläufigen Höhepunkt finden, im Gebietstausch ein Mittel sehen, um die deutschen Positionen in Cisleithanien zu stärken.

Allerdings hat der alldeutsch empfindende Patry bei seinem Vorstoß nicht die sehr wohl legitimen nationalen Rechte der Deutschen Westungarns im Auge — die als *Nationalität* vor Ende des Ersten Weltkriegs gar nicht erst ins Blickfeld geraten —, sondern legt sich inhaltlich sofort auf den vor allem von der Südmark auch ausdrücklich verfolgten Kurs fest. Ein im Kreise Gleichgesinnter am 25. November 1906 in Wien gehaltener programmatischer Vortrag über die Aufgaben, welche die österreichischen Deutschen im Interesse des Gesamtvolkes in Ungarn zu erfüllen hätten, läßt über die wahren Zielsetzungen Patrys, i.e. Sicherung und Ausbau der deutschen wirtschaftlichen und kulturellen Hegemonie im zentral- und südosteuropäischen Raum, keinen Zweifel aufkommen:

„1. Die Verhinderung des Entstehens eines selbständigen slawischen Reiches auf dem Gebiete der Länder Böhmen, Mähren und Schlesien;

2. die Sicherung des Zuganges zur Adria und

3. die Sicherung der Donaustraße."

Patry schlägt daher die Bildung eines nichtpolitischen Vereines vor, der den Deutschen Ungarn auf „diplomatischem" Wege unter die Arme greifen sowie die

3 Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn. Bericht über das erste Vereinsjahr 1907, Verlag des Vereines, [Wien] 1908, 7.
In der Flugschrift (1906) heißt es unmißverständlich: „Madjarisches Gebiet wollen wir ja nur aus rein volkswirtschaftlichen Gründen in unseren Machtkreis ziehen. [!] Wir brauchen einfach Ackerland, wie es uns die kleine ungarische Tiefebene bietet. Preßburg können wir aus nationalen Gründen nicht den Madjaren überlassen, hat es doch noch heute in amtlichen Ziffern unter 61.000 Einwohnern 32.000 Deutsche. Raab müssen wir als Stützpunkt für unseren Handel besitzen, da unsere Nachkommen einst mehr als wir die Bedeutung der Donau als für Handel und Industrie billigsten Verkehrsweg einsehen werden. Komorn müssen wir aus militärischen Gründen in unseren Besitz bekommen." (12f.)

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

aus der Geschichte abgeleiteten „staatsrechtlichen" Ansprüche Österreichs auf das Gebiet zwischen Leitha, Donau und Raab untersuchen soll.[4] Die gründende Hauptversammlung des **Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn** findet am 9. März 1907 in Wien statt. Kontakte zu anderen (österreichischen) Schutzvereinen ergeben sich zwangsläufig von selbst. Ende Mai jedenfalls gibt die Südmark-Hauptleitung bekannt, jährlich einen Unterstützungsbeitrag von 100 Kronen widmen zu wollen, womit sie zum „ersten Gründer" des Vereines wird (1909 steigt der Betrag auf 250 Kronen; der steirische Landtagsabgeordnete und Südmärker Heinrich Wastian ist ab Jänner 1908 Mitglied der Vereinsleitung).

Die Satzungen („Bestrebungen") des Vereines sind die folgenden (Stand Februar 1912):

„1. Die Förderungen des deutschen Schulwesens als des wichtigsten Volkserziehungsmittels (Unterstützung von an deutschen Schulen studierenden Volksgenossen aus Ungarn, um dem schwer empfundenen Mangel an gebildeten Führern abzuhelfen.)

2. Mit Umgehung des verteuernden, meist jüdischen Zwischenhandels den deutschen Bauern Ungarn zur bestmöglichen Verwertung ihrer Erzeugnisse zu verhelfen.

3. Deutschen Lehrlingen, Handwerkern und Kaufleuten aus Ungarn durch Unterbringung in angesehenen deutschen Häusern eine tüchtige Ausbildung zu ermöglichen.

4. Den starken Auswandererstrom der Deutschen Ungarns einzudämmen oder, wenn dies unmöglich, in deutsche Lande zu lenken.

5. Den Kampf um die Erhaltung aller deutschen Orts- und Familiennamen.

6. Vermögende deutsche Kreise auf Erwerbung von Großgrundbesitz in Ungarn aufmerksam zu machen.

7. Richtigstellung der zugunsten der Madjaren entstellten Ergebnisse der Volkszählung [1910].

4 ib., 8
So ist es kein Zufall, wenn Patry gerade im niederösterreichischen Landtag eine Debatte (2. Oktober 1907) über die Revision der „rechtsungültigen" Grenze zu Ungarn anregt (an der er selbst freilich nicht teilnimmt), hatten doch die Herrschaften Forchtenstein, Eisenstadt, Kobersdorf, Hornstein, Bernstein und Güns von 1491 bis 1626/47 zum landesfürstlichen Kammergut Niederösterreichs, das durch das Viztumamt bzw. die niederösterreichische Kammer verwaltet wurde, gehört.

5 Walter Dujmovits (Der Beitrag der in Wien lebenden Burgenländer zur Angliederung ihrer Heimat an Österreich, in: Burgenländische Heimatblätter 23/3 [1961], 108—117) eskamotiert den antisemitischen Aspekt dieses Satzungsparagraphen. Dabei tritt gerade auch hier die Verknüpfung von wirtschaftlichem Eigennutz und völkischen Ideologemen deutlich zutage, denn der Zwischenhandel, ob jüdisch oder nicht, dürfte bei den von Patry erhofften Transporten nach Deutschland nur schwer auszuschalten gewesen sein.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

8. Die Unterstützung und Herausgabe von Büchern und Zeitschriften, die sich mit dem Deutschtum in Ungarn befassen.

9. Die Anlage von Wanderbüchereien und deren Verteilung in den einzelnen Gemeinden Ungarns.

10. Weiters erblickt der Verein eine wichtige Aufgabe in der Verbreitung wahrheitsgetreuer Berichte über die sich fast täglich ereignenden Gewalttaten gegen die Deutschen Ungarns."[6]

Wie bereits angedeutet, bildeten die Nationalitäten in Ungarn keine territorialen Einheiten oder auf nationaler Grundlage organisierte Körperschaften, der Gebrauch der Muttersprache war individuelles Recht. Die Abwehr des überaus starken Assimilationsdrucks wurde im Fall der Deutschen, die im 13. und 18. Jahrhundert aus einem politisch nicht einheitlichen „Mutterland" gekommen waren und zum Teil verschiedenen Konfessionen angehörten, durch deren Streulage zusätzlich erschwert. Sie wiesen keine supraregionalen wirtschaftlichen oder kulturellen Bindungen untereinander auf und konnten vor allem im Verhältnis Stadt-Land keine nennenswerte nationale Kohäsion ausbilden, was darauf zurückzuführen ist, daß die Behauptung bzw. das Erlangen sozialer Positionen im urbanen Bereich im Spannungsfeld nationaler Differenzierung erfolgte und daher die Anpassung an das in den bürgerlichen Stellungen dominante magyarische Ambiente beinahe unweigerlich mit sich brachte.

Im westungarischen Gebiet hatte der in den Städten konzentrierte deutsche Mittelstand zur höheren Bildung nur in magyarischen Schulen Zugang (zur Jahrhundertwende besaßen allein die Siebenbürger Sachsen noch deutsche Gymnasien und Lehrerbildungsanstalten). Das in Zünften organisierte deutsche städtische Handwerk stellt sich mangels ausreichender Flexibilität und notwendigen Kapitals nach Aufhebung der Zunftrahmen nicht rasch genug auf kapitalistische Wirtschaftsformen um, die vor dem Ausgleich durch das starke Patriziat hinausgezögert worden waren, wodurch die Bedeutung der im Grenzstreifen lebenden Deutschen in Handel und Gewerbe auf dem sich bildenden nationalen Markt nun allgemein stagniert oder gar zurückgeht[7] Der sich mit dem Ausbau des ungarischen zentralistischen Staatssystems nach 1867 anbietende soziale Aufstieg in den Verwaltungsapparat hat freilich stark assimilatorische Wirkung. Teile des vorerst weniger assimilationsfreudigen deutschen Bürgertums dagegen sinken zum Kleinbürgertum ab, was jedoch indirekt ebenfalls die Entnationalisierung fördert. Dem sollte die Stellenvermittlung (Punkt 3 der Satzungen) gegensteuern: durch die Verschickung Ungarndeutscher hoffte man, einerseits den Zustrom

6 Deutsch-Ungarn. Mitteilungen des Vereines zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn, 1. Jg./1. Heft (Feber 1912)

7 Dazu sehr instruktiv die Studie É. V. Windischs: Die Entstehung der Voraussetzungen für die deutsche Nationalitätenbewegung in Ungarn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Acta historica. Zeitschrift der ungarischen Akademie der Wissenschaften, Bd. XI, Budapest 1965, 3—56; hier: 10f

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

fremdnationaler Arbeitskräfte — vor allem tschechischer Handwerker[8] — in die österreichische Reichshälfte einzudämmen, andererseits deutschnationales Gedankengut und deutsche Lebensweise (Gesang, Leibesübungen, Wanderungen) mittels der wieder in ihre Heimat zurückgekehrten „Missionare" zu verbreiten.

Bereits der Gesetzesartikel XVIII aus 1879 hatte das Ungarische zur obligatorischen Unterrichtssprache in der Volksschule erklärt. Die berüchtigte „Lex Apponyi" (Gesetzesartikel XXVII aus 1907) über die Rechtsverhältnisse der nichtstaatlichen Elementarvolksschulen und über die Bezüge der kommunalen und konfessionellen Volksschullehrer[9] stellte dem gegenüber insofern eine Verschärfung dar, als nun zahlreiche unter Gemeinde- oder Kirchenaufsicht stehende Schulen unter staatliche Aufsicht gestellt werden, was für die deutschstämmige bäuerliche Bevölkerung Westungarns den Zugang selbst zur elementaren Bildung zusätzlich erschwert. So erwiesen sich die an die dörfliche Gemeinschaft am stärksten gebundenen Klein- und Mittelbauern — weniger die Großbauern, Häusler und Dorfhandwerker — gegenüber der Assimilation als weitgehend resistent und geraten damit unweigerlich in die von der nationalen Propaganda stilisierte Rolle eines Wahrers deutscher Sprache und Art. Aber auch die katholische Geistlichkeit trug trotz ihrer magyarisch-nationalistischen Haltung zur Sicherung der deutschen nationalen Identität bei, indem man allein aus technischen Gründen der jeweiligen Sprache kundige Priester einzusetzen trachtete. Die Lehrer schließlich gehörten für gewöhnlich derselben Nationalität an wie ihre Schüler, hatten aber eine magyarisch ausgerichtete Ausbildung zu durchlaufen; dennoch, so Burghardt[10], sei der Unterricht — bei allerdings klarem Übergewicht des Ungarischen — im wesentlichen zweisprachig gewesen.

Das von Patry reklamierte westungarische Gebiet wurde dennoch vor der Landnahme 1921 weder von der kulturellen — schulischen und volksbildnerischen — noch von der wirtschaftlichen Schutzarbeit, die sich in Ungarn auf Siebenbürgen und den Banat konzentrierte, erfaßt. Trotz intensiver historischer und volkskundlicher Aufbereitung des deutschen Auslandsbauerntums zum „Kulturdünger" [!] im „Völkerchaos" Südosteuropas, wo sich dem reichsdeutschen und deutschösterreichischen Kräfteüberschuß auch zukünftig die „leichteste, durchaus friedliche Expansionsmöglichkeit" biete[11], hatte man bald begriffen, daß im

8 Die Südmark vermittelte nach der Angliederung burgenländische Handwerker und Hausgehilfinnen, „die die Städte Wien und Graz und das Gewerbe in Niederösterreich und Steiermark von auswärts, meist aus der Tschechei, bezogen hatten [. .]"; Ferdinand Matras: Von der Südmark, in: Der Freie Burgenländer, Festnummer vom 16. November 1924, 13

9 Vgl. dazu: J. Kath: Vom deutschen Schulwesen, in: Burgenland. Festschrift aus Anlaß der Vereinigung des Landes der Heidebauern und der Heinzen mit Deutschösterreich, hrsg. v. E. Stepan, Wien 1922, 76—80

10 Andrew F. Burghardt: Borderland. A Historical and Geografical Study of Burgenland, Austria, Madison 1962, 152

11 So der Südmärker Georg Lukas in „Der Wert des ungarischen Deutschtums", in: Deutsch-Ungarn [. .], 1. Jg./2. Heft (Mai 1912), 2

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Bereich Westungarns das Fehlen einer nationalen städtischen Führungsschicht und der deutschen Intelligenz auf dem Dorfe durch Erdverbundenheit allein schlicht nicht wettzumachen war. Dazu kam, daß sich aufgrund der schlechten Infrastruktur im Grenzstreifen die Kommunikation entlang der ethnisch relativ homogenen Nord-Süd-Achse kaum entwickelt hatte und daß sich die Träger des Deutschtums in der Enge des dörflichen Verbandes nicht eben als nationale Opinion-Leaders profilierten. Das mögen auch die Hauptgründe dafür sein, daß die in der „Staatserklärung über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich"[12] artikulierte Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete der Komitate Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg dort zunächst auf verhältnismäßig geringe Resonanz stieß.

Im Jänner 1913 konstituierten sich unter dem Vorsitz des Mönchhofers (Komitat Wieselburg) Thomas Polz als neunte Ortsgruppe des Vereines zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn die „Deutschen Landsleute aus Ungarn" (Wien); neben dem gebürtigen Ödenburger Dr. Alfred Walheim, der von Anfang an mit dabei war, gehörten der landsmannschaftlichen Vereinigung nach dem Krieg u. a. der Banater Schwabe Johann Umlauf und der Siebenbürger Sachse Dr. Ernst Friedrich Beer an.

Patry trat nach einer internen Kontroverse um den Verteilungsmodus von Hilfsgütern für die durch den Rumäneneinbruch geschädigten Siebenbürger Sachsen noch 1916 von der Obmannstelle zurück. Seine ein Jahr lang vakante Stelle nimmt der Siebenbürger Sachse und Wiener Strickwarenfabrikant Josef Breitenstein ein. Der „vielbeschäftigte" Breitenstein „erhob [. .] keinen Widerstand, als der Verein ‚Südmark' den Antrag stellte, der ‚Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn' möge sich mit ihm vereinigen. Manchem Vorteile stellten sich später erhebliche Nachteile gegenüber. Der deutsche Abgeordnete Rudolf Brandsch aus Rumänien und der österreichische Nationalrat Adam Müller-Guttenbrunn bedauerten mir gegenüber wiederholt, daß unser Verein Ende 1919 in der ‚Südmark' aufgegangen sei: die ‚Südmark' unterstützte gewiß reichlich die Bestrebungen der ungarländischen Deutschen, doch ist seither die unmittelbare Fühlung mit ihren in Österreich lebenden Landsleuten verloren gegangen."[13] Die Reserve Patrys gegenüber der Südmark, die das Südburgenland als eine Art Ersatz für die Untersteiermark betrachtete[14], hängt wohl zum einen damit zu-

12 22. November 1918; StGBl. Nr. 41/1918; Pkt. 5

13 BLA, Anschlußarchiv Fasz. 2 A/IV 1: Nachlaß Patry, paginiertes Manuskript: Lebenslauf, an das Unterrichtsministerium des Landes Ostmark (Mai 1938), 36; zur Vereinigung des Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn und der Südmark vgl. auch den Südmark-Tätigkeitsbericht für das Jahr 1920; Grundschrift 5; Steiermärkisches Landesarchiv, Kapsel 27; dazu auch weiter unten

14 Georg A. Lukas: Der deutsche Volksboden der Südmark, in: Die Südmark. Ein Überblick über Verbreitung, kulturelle Eigenart und völkische Kampfstellung der Südmarkdeutschen, Graz 1924 (= Deutsche Kultur in der Welt, 10. Jg./Heft 1/4), 6—9

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

sammen, daß der Grazer Verein nach 1921/22 die Führung in der kulturellen und wirtschaftlichen Schutzarbeit, auf die wir noch zurückkommen werden, für sich beanspruchte, zum anderen wurde die Betreuung der Auslandsdeutschen, worunter auch die Volksgruppen in Trianon-Ungarn, Rumänien und SHS-Jugoslawien fielen, bereits in den 20er Jahren von zentralen Stellen in Berlin, Wien und Graz aus koordiniert, was den Aktionsradius der einzelnen Ortsgruppen freilich empfindlich einschränkte.

Im Rückblick auf die Zeit unmittelbar nach Kriegsende meint Patry in dem bereits genannten Lebenslauf: „Nach dem Umsturze zeigten sich in Westungarn die ersten Wirkungen meiner Tätigkeit. In vielen deutschen Dörfern wurde unser heiliges dreifarb „Schwarzrotgold' gehißt, die Vereinigung mit Österreich stürmisch gefordert. Die in Wien lebenden Deutschen aus Westungarn erinnerten sich meiner als Verfasser der Schrift ‚Westungarn zu Deutschösterreich', ließen die Ortsgruppe ‚Deutsche Landsleute aus Ungarn' machtvoll aufleben und luden mich zur Mitarbeit ein." [15] In einer vom Verein zur Erhaltung des Deutschtum in Ungarn einberufenen Versammlung am 15. Dezember 1918 im Festsaal des Deutschen Schulvereins in Wien[16] schlägt Patry vor, seine in den Monaten Mai und Juni 1914 im Alldeutschen Tagblatt abgedruckte Artikelserie, welche die Flugschrift von 1906 im wesentlichen um deren Rezeptionsgeschichte erweitert und mit historischen Argumenten absichert, als Broschüre drucken zu lassen, um die Öffentlichkeit für die Westungarn-Frage zu sensibilisieren. Nachdem sein Vorstoß aus — wie er schreibt[17] — ihm selbst unbekannten Gründen allerdings abgelehnt wird, beschließt er, die Broschüre im Selbstverlag zu drucken. Nach wenigen Monaten bereits erscheint bei Cornelius Vetter in Wien die nunmehr dritte Auflage: „Westungarn zu Deutschösterreich. Ein Vorschlag zur Lösung der deutsch-ungarischen Frage. Mit einer Karte des deutschen Sprachgebietes in Westungarn." Zehn Exemplare dieser Broschüre gingen in St. Germain „bei Freund und Feind" von Hand zu Hand.[18]

Der Grund für die Ablehnung lag zum einen wohl darin, daß innerhalb des Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn noch keine Einmütigkeit bestand in der Frage, ob man für die Autonomie (Deutsch-)Westungarns innerhalb des ungarischen Staatsverbandes oder für die Angliederung an Österreich optieren sollte, zumal in diesem Fall eine Schwächung des ungarländischen Deutschtums zu befürchten war. Andererseits hatten der Deutsche Volksrat für Österreich, der Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn (gez. Breitenstein)

15 Patry, Anm. 12, 37

16 Die unübertragbaren Eintrittskarten hatten der Deutsche Klub, der Deutsche Schulverein, die Südmark, der Bunde der Deutschen in Niederösterreich und der Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn ausgegeben; vgl.: BLA, Anschlußarchiv Fasz. 16 C/I/12 - 2d; ebenso: Alfred Walheim: Aus der burgenländischen Anschlußbewegung, in: Burgenländische Bauernstimmen, 23. Mai 1926, 2

17 Patry, Anm. 12, 37f.

18 ib.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

und der Gau Wien der Südmark (gez. R. M. Delannoy) bereits am 28. Oktober 1918 eine „Note an einen Abgeordneten" — im konkreten Fall an den Deutschnationalen Staatsrat Raimund Neunteufel — gerichtet, in der an die Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich appelliert wird, bei Wilson für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen Ungarns sowie für das Recht der Bewohner der westungarischen Komitate, sich Österreich anzuschließen, einzutreten[19] Tatsächlich koordinierte der Abgeordnete Neunteufel in engster Zusammenarbeit mit dem Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn[20] und mit Billigung und Unterstützung der österreichischen Regierung von seinem Büro im Parlamentsgebäude aus seit November 1918 die Anschluß-Agitation in Westungarn im Hinblick auf die gewünschte Volksabstimmung[21] Der Plan, im Raum Ödenburg eine „Republik Heinzenland" mit 309 Gemeinden zu installieren, um das Gebiet hernach Österreich anzugliedern, scheiterte an dessen überstürzter Umsetzung am 6. Dezember in Mattersdorf (ab 1924 Mattersburg). Wenn man in der genannten Versammlung Patrys großdeutsch orientiertes Elaborat mit seinen nicht unerheblichen Ansprüchen auf andersnationale — magyarische — Gebiete zurückwies, könnte also auch die Überlegung im Spiel gewesen sein, die von Anfang an *offiziöse* Position des Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn und seiner treibenden Kraft, der Ortsgruppe Deutsche Landsleute aus Ungarn, nicht zu gefährden, vor allen Dingen aber wollte man die mit der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht aufs engste verknüpfte Internationalisierung der Angelegenheit nicht kompromittieren.

Im Mittelpunkt einer Tagung westungarischer Vertrauensmänner am 14. Februar 1919 in Wien, auf der auch über die weitere Vorgangsweise in der Werbetätigkeit beraten wurde, stand die Frage, wie man sich gegenüber dem am 27. Jänner 1919 von der ungarischen Regierung verabschiedeten Volksgesetz über die Selbstverwaltung der Deutschen in Ungarn, in dem die deutsch besiedelten Gebiete Westungarns als eigenes Gouvernement aufschienen[22], zu verhalten habe. Dabei einigten sich die in der Ortsgruppe Deutsche Landsleute aus Ungarn versammel-

19 BLA, Anschlußarchiv Fasz. 1 A/III 1—4: Nachlaß Neunteufel

20 Vgl. dazu: Johann Umlaufs Biographie u[nd] Verdienste um die Angliederung des Burgenlandes an Österreich: Johann Umlauf und die Angliederung des Burgenlandes (Nach Johann Umlaufs unveröffentlichten [sic] ‚Geschichte der Angliederung des Burgenlandes 1919/1921'). Von Ignotus II 1949, 5; BLA, Anschlußarchiv Fasz. 2 A/IV — 1: Nachlaß Patry

21 Vgl.: Johann Seedoch: Deutschösterreichs Bemühungen um den Anschluß des Burgenlandes, in: Burgenland in seiner pannonischen Umwelt, Burgenländische Forschungen Sonderband VIII (Festausgabe A. Ernst), Eisenstadt 1984, 362

22 Johann Seedoch: Sechzig Jahre Burgenland (1921—1981), in: ÖGL, 26. Jg. (1982)/Heft 6, 321—332; hier: 323

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

ten Anschlußbefürworter und der Südburgenländer Karl Wollinger[23], der von Anfang an für die bedingungslose Angliederung an Österreich eingetreten war, auf eine gemeinsame inhaltliche Plattform. Eine weitgehende Autonomie sei, wie es in dem Beschlußprotokoll heißt[24], nicht zu fordern, was einem Bekenntnis zum ungarischen Staat gleichkäme, sondern müsse vielmehr von diesem angeboten werden und könne auch nur unter Aufrechterhaltung des Selbstbestimmungsrechts stückweise angenommen werden, ohne dabei das Endziel, die *evolutive* Angliederung an Österreich, aus den Augen zu verlieren[25] „Der Anschluß ist aber, abgesehen von der Entscheidung der Friedenskonferenz, abhängig von der **freien** [im Original händisch unterstrichen] Entschließung der Bewohnerschaft Westungarns selbst." [26]

Die bereits zugestandene Selbstverwaltung solle, wie es in einer Flugschrift des Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn heißt, in ihrem vorläufigen Umfang angenommen und in die Praxis umgesetzt werden, was den Aufbau politischer, administrativer, schulischer[27] und wirtschaftlicher Strukturen und die

23 Wollinger, dessen Vater, ein Rheinlanddeutscher, „by a nationalistic German society [?] with the specific purpose of maintaining and strenghtening the German language in the area" im Südburgenland angesiedelt worden war (vgl. Burghardt, cit., 308f.), hatte in Graz studiert und wahrscheinlich dort auch Schönerer verehren gelernt (vgl.: Das Deutschtum in Westungarn vor dem Kriege, in: Der Freie Burgenländer, Sondernummer vom 16. November 1924, 5). Er konnte sich bereits vor 1914 neben den Neusiedlern Adalbert Wolf und Karl Amon in der Ungarländischen Deutschen Volkspartei (*1907) als Vertreter der Interessen der Deutschen in Westungarn profilieren. Unter seinem maßgeblichen Einfluß wurde das Programm des Großdeutschen Landbundes für das Burgenland (*1922) ausgearbeitet. Die Südmark, die dabei ebenfalls Pate gestanden haben dürfte, bildete innerhalb des Landbundes, der vor allem in bezug auf die Verteilung des Großgrundbesitzes auf eine eher bürgerliche Linie einschwenkt war und den zumindest bei Wollinger vorhandenen sozialreformerischen Impetus im politischen Diskurs nicht umzusetzen vermochte, eigene Ortsgruppen (AdR, Parteiarchiv Großdeutsche Volkspartei, Karton 48; Verhandlungsschrift über die Sitzung des Landesvollzugsausschusses am 21. 2. 1922 in Wr. Neustadt). Wollinger selbst bekleidete das Amt eines Ortsgruppen-Obmannes des Deutschen Schulvereins Südmark (Heiligenkreuz), hatte einen Sitz in der Kreisleitung Burgenland (seit 1937) und avancierte nach dem Anschluß 1938 für wenige Jahre zum Bürgermeister seiner Heimatgemeinde.

24 Beschlußprotokoll über die westungarische Tagung in Wien am 14. 2. 1919; BLA, Anschlußarchiv Fasz. 1 A/III 1—4: Nachlaß Neunteufel

25 Charlotte Heidrich: Burgenländische Politik in der Ersten Republik. Deutschnationale Parteien und Verbände im Burgenland vom Zerfall der Habsburgermonarchie bis zum Beginn des autoritären Regimes (1918—1933), Wien 1982 (=Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte, Bd. 4), 42f.

26 Siehe Anm. 24

27 Im Beschlußprotokoll wird d[illegible]er Punkt 24 beschlossen, „einen Deutschen Schulverein für Deutsch-Westung[illegible]a gründen, der vorläufig nur intern einen Gau des Deutschen Schulvere[illegible]es bildet."; siehe Anm. 24

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

hierzu nötigen Geldmittel[28] erforderlich machte. Wollinger hatte sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg für die Schaffung volksbildnerischer Einrichtungen und eines landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens eingesetzt, um das allgemeine soziale Niveau der im Eisenburger Komitat vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung zu heben und diese so gegen die Magyarisierung resistenter zu machen. Er war sich freilich im klaren darüber, daß der „westungarische Bauer bis jetzt noch — leider — in der rein deutschvölkischen Frage zu indifferent ist."[29] Deshalb galt es auch, Instrumente politischer Willensbildung, autonome Volksorganisationen, wie z.B. Deutsche Bauern-, Gewerbe- und Arbeiterbünde, die in einer Einheitspartei, der Deutschen Freiheitspartei, zusammengefaßt werden sollten, einzurichten.

Indem man sich auf das Selbstbestimmungsrecht festlegte, schwor man implizite etwaigen Gewaltmaßnahmen ab, was im März 1919 zum Bruch zwischen Breitenstein, Umlauf und Walheim einerseits und Neunteufel andererseits führt, der sich den Kärntner Abwehrkampf zum Vorbild nimmt und an einer Politik des durch Waffengewalt herbeigeführten fait accompli festhält. Walheim übernimmt nun auf Wunsch Umlaufs die Obmannstelle bei den Deutschen Landsleuten aus Ungarn und richtet am 28. März ein „Aktionskomitee für die Befreiung Westungarns"[31] ein, das mit der Landsmannschaft identisch ist. (Unter den Aktivisten finden wir neben Patry, Beer u.a. auch den burgenländischen Heimatdichter Josef Reichl und den späteren Obmann der Kreisleitung Burgenland des

28 Ein weiterer Aufruf „Hilfe für Westungarns Deutsche" („Wien, im Februar") wandte sich an die österreichische Bevölkerung, die man für die (Deutsch-)Westungarn-Frage zu sensibilisieren suchte, um sie so zu Spenden für den „deutschen Heimatstaat in Mitteleuropa und eine deutsche Weltorganisation bis in die fernsten Länder der Erde" anzuhalten: „Kein Glied darf verloren gehen, denn jedes ist ein Teil unserer völkischen Kraft, unseres völkischen Kapitals im Wettbewerb mit den anderen Völkern": (Deutsch-)Westungarn würde in Zukunft nicht nur die Lebensmittelnot im Wiener Raum lindern können, sondern auch einen Absatzmarkt für die österreichische Industrie darstellen. Geschickt macht sich der von hohen Politikern, Beamten, Universitätsprofessoren und Schutzvereinsexponenten gezeichnete Aufruf den Umstand zunutze, daß viele Beamte und Lehrer — die traditionellen Stammschichten der Schutzarbeit —, die aus den für Österreich verlorengegangenen Gebieten geflohen oder vertrieben worden waren, nun dem sozialen Abstieg entgegengingen: „Die Deutschen Westungarns brauchen deutsche Lehrer, deutsche Gemeindesekretäre, deutsche Richter usw. Wir sind überreich an Intelligenzkräften und wissen nicht, wohin mit ihnen."; BLA, Anschlußarchiv Fasz. 16 C/1/12: Ödenburger Heimatdienst

29 So ein ungezeichnetes Papier: „Vorschläge über die Organisation in Westungarn", in dem die Gründung eines Bauernbundes, i.e. der Wollingersche Heinzen- und Heidbauernbund, angeregt wird. BLA, Anschlußarchiv Fasz. 1 A/III - 1—4: Nachlaß Neunteufel

30 Vgl.: Johann Umlaufs Biographie [. .], cit., 5; vgl. auch: Friedrich Szmudits: Geschichte der Angliederung des Burgenlandes an Österreich, Diss. masch, Wien 1937, 146

31 Dujmovits, cit., 112f.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Deutschen Schulvereins Südmark, Ing. Paul Groß.) Die Agitation wird neu organisiert, vor allem aber neu legitimiert: „Mit dieser kleinen Vereinigung von in Wien lebender [sic] Deutschwestungarn konnte man nämlich die Aktion dahingehend umstellen, daß nicht die Österreicher eine Vergrößerung durch Angliederung des Burgenlandes wünschten, sondern daß die Deutschwestungarn selbst im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes die Loslösung von Ungarn und Angliederung an Österreich forderten."[32] So z.B. notifizierten die Vorstandsmitglieder die Wünsche der Deutschen Westungarns in Form von Denkschriften bei den Wiener Gesandtschaften der Alliierten Siegermächte, bei den österreichischen Regierungsstellen und Parteizentralen. Für die Effizienz dieser Werbearbeit führt „Ignotus II" auch ein Beispiel an: Am 8. Mai 1919 fand ein Treffen des Außenministerrats statt, bei dem auf Vorschlag des italienischen Delegationsleiters Sonnino die Grenzen von 1867 beibehalten wurden. In der — auf Initiative Wilsons einberufenen — Sitzung des Zehnerrats am 12. Mai habe sich der amerikanische Präsident für eine für Österreich akzeptablere Lösung ausgesprochen, was wiederum auf die die Vorsprache des „burgenländischen" Werbekomitees in der Wiener US-Botschaft zurückzuführen gewesen sei. In Wirklichkeit hatten die Außenminister bereits am 8. Mai den Beschluß gefaßt, eine Kommission einzurichten, die im Falle etwaiger von Österreich oder Ungarn geforderter Grenzregulierungen die nötigen Argumente parat halten sollte: „The objekt of the investigation was to place the council in a position to settle rapidly any trouble that might arise between Austria and Hungary on this subject. No action would be taken unless the question were to be raised by Austria or Hungary."[33] Wilson war schon früher vom Leiter der amerikanischen Studienkommission in Wien, A.C. Coolidge, auf die Gefahr einer von Ungarn aus auf Wien übergreifenden Bolschewisierung aufmerksam gemacht worden und hatte nicht zuletzt die Stabilisierung der österreichischen Verhältnisse im Auge. Zudem bot (Deutsch-)Westungarn die Gelegenheit, das ethnographische Prinzip im Sinne des Selbstbestimmungsrechts in der Praxis anzuwenden. Nachdem er darauf hingewiesen worden war, daß die österreichische Delegation die Grenze von 1867 nicht hinnehmen würde[34], drängte er daher am 12. Mai auf die Nominierung der Mitglieder der Grenzkommission[35] und machte sich damit zum Anwalt der österreichischen Sache.

32 Johann Umlaufs Biographie [. .], cit., 5f.

33 Zit. bei: Hanns Haas: Anmerkungen zur Burgenlandfrage auf der Pariser Friedenskonferenz, in: Burgenländische Heimatblätter 33/3 (1971), 97—108; hier: 101

34 „[Wilson] was informed that the Austrians would raise the question, and that the Allied and Associated Powers would be called upon to decide it.", John Dale Berlin: Akten und Dokumente des Außenamtes (State Department) der USA zur Burgenland-Anschlußfrage 1919—1920, Eisenstadt 1977 (=Burgenländische Forschungen, Bd. 67), 83f.; dazu auch: Dujmovits, cit., 114

35 Vgl.: Haas, cit., 101f., 106ff.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Am Vorabend der Abfahrt nach St. Germain hielt Dr. Beer vor der Delegation kurze Ausführungen zur Westungarischen Frage, historische, politische und kulturelle Argumente für die Angliederung (Deutsch-)Westungarns: „Meine Ausführungen begegneten großem Interesse sowie begeisterter Zustimmung und erreichten den Zweck, daß alle Mitglieder der Delegation unter Leitung des Kanzlers Dr. Renner auf die Wichtigkeit der westungarischen Frage besonders aufmerksam gemacht wurden [. .]"[36], wodurch diese, so heißt es weiter, mit Sachkompetenz aufwarten und die Lösung der Probleme in positivem Sinne beeinflussen konnten. Die Anwesenheit Beers, des Vizeobmanns der Landsmannschaft, der Renner von Breitenstein als Fachexperte für ungarische Fragen namhaft gemacht worden war[37], stieß bei den Ungarn — verständlicherweise — auf Protest[38]. Auch wenn man das prinzipielle Wohlwollen Englands und Amerikas gegenüber den österreichischen Ansprüchen auf (Deutsch-)Westungarn und die Entschiedenheit der österreichischen Delegation, dort Verluste an anderer Seite zu kompensieren[39], in Rechnung stellt, so ist doch die eminente Bedeutung des Aktionskomitees, sprich: der landsmannschaftlichen Ortsgruppe, nicht zu übersehen. Zwar konnte die programmatische Forderung der Deutschen Freiheitspartei, „Deutschwestungarn auf der Friedenskonferenz durch eine eigene, vom freien Landtage gewählte Vertretung sein Selbstbestimmungsrecht zu Gehör und Anerkennung [zu] bringen"[40], dennoch waren die Deutschungarn mit Beer in St. Germain vertreten: Der ebenso programmatische Anspruch des *nichtpolitischen* Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn, den „Deutschen Ungarns auf diplomatischem Wege unter die Arme zu greifen und die staatsrechtlichen Ansprüche Österreichs auf das Gebiet zwischen Leitha, Donau und Raab zu untersuchen"[41], konnte schließlich doch noch eingelöst werden.

Die Entscheidung zugunsten Österreichs fiel am 10. Juli 1919 im Obersten Rat der Alliierten und Assoziierten Mächte, der dementsprechende zweite Vertragsentwurf wurde der österreichischen Delegation am 20. Juli überreicht. Bereits am 26. Mai 1919 war im Laufe einer zwischenstaatsamtlichen Besprechung „betreffend Vorsorgungen administrativer Natur für den Fall der Angliederung

36 Dr. Ernst F. Beer: Das Burgenland im Länderkranz Österreichs (27/10/1974), BLA, Anschlußarchiv Fasz. 1 A/III — 5: Nachlaß Neunteufel

37 Vgl.: Wie das Burgenland zu Österreich kam. Festausgabe der Landsmannschaft der Burgenländer in Wien [. .], cit.

38 Vgl.: Berlin, cit., 72 und 84ff.; ebenso das Memorandum des amerikanischen Hochkommissars in Budapest, Ulysses Grant-Smiths, an das Secretary of State (Budapest 27. Februar 1920): „Dr. Frederik Beer, an official of the Bodenkreditanstalt at Vienna [. .] He is quite ignorant [!] as to the real conditions in Western Hungary, as is shown by bis articles contributed to various newspaper [sic.]." (cit. bei Berlin, 259)

39 Vgl.: Haas, cit., 108

40 BLA, Anschlußarchiv Fasz. 1 A/III 1—4: Nachlaß Neunteufel

41 Anm. 3, 8

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Deutsch-Westungarns an Deutschösterreich"[42] vom Vorsitzenden, dem Staatssekretär Eldersch, die Einrichtung eines interministeriellen Komitees angeregt worden, das unter der Leitung des Sektionschefs Wenedikter einen Entwurf für die provisorische Verwaltung ausarbeiten sollte[43]

Am 20. August geht vom Staatsamt für Inneres und Unterricht an die Staatskanzlei und die Staatsämter die Einladung aus, an der Bildung einer Zentralstelle für die Angelegenheiten Deutschwestungarns mitzuwirken, die „aus Vertretern sämtlicher Staatsämter unter Zuziehung von Vertretern der politischen Parteien und nach Bedarf von sonstigen über die Verhältnisse in Westungarn orientierten Personen zu bestehen hätte"[44]. Am 25. August findet die erste zwischenstaatsamtliche Sitzung statt, zu der als Mitarbeiter u.a. auch Raimund Neunteufel eingeladen wird. Der Vorsitzende Wenedikter spricht davon, daß die Errichtung einer Zentralstelle zur Vorbereitung der administrativen, wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen für den Fall des Anschlusses Deutschwestungarns sowie zur Koordinierung der Tätigkeit der einzelnen Staatsämter notwendig sei.[45] Bereits zuvor, am 15. August 1919, hatte Neunteufel ein „Memorandum über die Errichtung eines Schutzamtes für Deutschwestungarn" ausgearbeitet, das die behördlichen Vorbereitungen für die Übernahme der Verwaltung leiten, Kontakte mit maßgebenden Kreisen der westungarischen Bevölkerung herstellen, eine aus Deutschwestungarn bestehende Kommission [!] berufen, Materialien betreffend finanzielle, wirtschaftliche und kulturelle Probleme beschaffen und schließlich die Funktion einer Auskunfts- und Propagandastelle übernehmen sollte[46]. Auf dieses Memorandum, das Neunteufel am nächsten Tag Sektionsrat Neugebauer übermittelt, bezieht sich Landesverwalter Dr. Davy etwas mehr als drei Jahre später, wenn er im Rückblick auf die historische Entwicklung der Verwaltungsstelle auf der 16. und letzten Sitzung der im März 1921 gewählten, *dritten* Verwaltungsstelle am 8. Juli 1922 sagt:

„Zurückgehend auf eine Anregung des ‚Vereines zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn' [,] und zwar der westungarischen Ortsgruppe dieses Vereines [,] wurde im damaligen Staatsamte des Inneren[47] unter dem Staatssekretär *Eldersch* [gesperrt im Original] eine interministerielle Kommission ins Leben gerufen, der außer den Vertretern sämtlicher Ressorts auch Vertreter der drei politischen Parteien (Gruber [christlich-sozial], Ofenböck [sozialdemokratisch], Neunteufel [großdeutsch]) und als sogenannte Interessensvertreter aus dem Burgenland von dem obgenannten Verein [zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn, im besonderen der Deutschen Landsleute aus Ungarn,] Dr. Beer und Professor Walheim entsen-

42 Seedoch, Deutschösterreichs Bemühungen [. .], cit., 368
43 ib.
44 BLA, Anschlußarchiv Fasz. 18 D/III 1; zit. bei Seedoch, ib., 371
45 ib. 372f.
46 ib., 371
47 Davy spricht zuvor vom „Sommer des Jahres 1919", ohne das genaue Datum anzugeben, es kann sich hier nur um dem 25. August handeln.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

det wurden. Außerdem waren Vertreter der Nachbarländer Steiermark und Niederösterreich den Sitzungen zugezogen."[48]

Auf der zweiten Sitzung am 4. September — unter dem Vorsitz von Sektionschef Dr. Davy, der dann von Sektionschef Wenedikter abgelöst wird — sind als *Interessensvertreter* neuerlich Dr. Walheim und Dr. Beer vom Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn anwesend. Man beschließt, ständige Vertreter des Schutzvereins in das Gremium zu wählen, ferner wird ein engeres Arbeitskomitee eingesetzt, dem neben Davy Sektionsrat Dr. Neugebauer, Dr. Ferneböck (Heereswesen), Neunteufel und Beer angehören:

„Der Verwaltungsstelle und ihrem Bureau obliegt im Übergangsstadium bis auf weiteres die rasche und einheitliche Behandlung aller westungarischen Angelegenheiten und die zwischenstaatsamtliche Führung und Vermittlung in allen diesen Fragen, ferner die Sorge dafür, daß alle beteiligten Ressorts in fortlaufender allgemeiner Übersicht über den jeweiligen Stand der Vorarbeiten erhalten werden. Zu diesem Zweck wäre das erhältliche Informationsmaterial im Bureau der Verwaltungsstelle entsprechend zu bearbeiten und den Staatsämtern zur Verfügung zu stellen."[49]

Der Verwaltungsstelle für den Anschluß Deutsch-Westungarns war allerdings kein langes Leben beschieden, sie wurde „infolge der Schwerfälligkeit des Apparates" nach der vierten Sitzung nicht mehr einberufen. Zudem meldeten die „Wiener burgenländischen Kreise" den Anspruch nach höherer Beteiligung am Prozeß der politischen Entscheidungsfindung an. Walheim schlug die Gründung eines Vollzugsausschusses vor, dem jeweils vier Vertreter der burgenländischen Vereine, der „Westungarischen Ortsgruppe der Südmark", i.e. der Deutschen Landsleute aus Ungarn, des „Vereins der christlichen Burgenländer" und des „Sozialdemokratischen Vereins der Westungarn" angehören sollten[50]. Dieser Ausschuß wurde vom Leiter der westungarischen Abteilung im Staatsamt für Inneres und Unterricht, Sektionschef Davy, zu den Vorbereitungsarbeiten nur „gelegentlich" in beratender Funktion herangezogen. Diese Lösung konnte jedenfalls nicht befriedigen, in den unter der Regierung Mayr geführten Verhandlungen kam es zum Kompromiß, der sich im Bundesverfassungsgesetz vom 25. Jänner 1921 (BGBl. Nr. 85/1921) niederschlägt: Die Verwaltungsstelle, von den Großdeutschen mit der bewährten Südmark-Ortsgruppe beschickt, ist demnach „beratendes Organ des von der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Nationalrates zum Landesverwalter für das Burgenland ernannten

48 Protokoll Nr. 16 über die Sitzung der Verwaltungsstelle für das Burgenland am 8. Juli 1922, Beilage 302 zu Punkt 386/XVI, 13; BLA, Anschlußarchiv Fasz. 32, J/I 3—2; nur Neunteufels Vorschlag einer offiziellen Propagandastelle unter dem Namen *Schutzstelle* wurde abgelehnt.

49 Niederschrift zur zweiten Sitzung der ‚Verwaltungsstelle für den Anschluß Deutsch-Westungarns' am 4. September 1919.

50 Die Großdeutschen wurden durch Walheim, Schuster, Beer und Jungmann vertreten.

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Bundesbeamten [,] und zwar mit der zeitlichen Beschränkung bis zur Bestellung der Landesregierung durch den Landtag."[51]

Wie aus dem bisher Gesagten deutlich hervorgeht, konnte sich die Südmark im Burgenland bereits lange vor der Landnahme, mit der dann auch die *kulturellen* Schutzmaßnahmen einsetzen, ihren Einfluß beim Aufbau administrativ-organisatorischer Strukturen und — damit verbunden — auf der Ebene politischer Entscheidungsfindung sichern. (Deutsch-)Westungarn stellte, zumal nachdem mit der Untersteiermark das wichtigste Betätigungsfeld der Südmark noch im Laufe des November 1918 de facto verloren gegangen war, einen attraktiven Ersatz dar, wurde doch die Tatsache, daß der Großteil der dort ansässigen deutschstämmigen Bevölkerung aufgrund ihrer niederen sozialen Standards im allgemeinen kein nennenswertes nationales Bewußtsein entwickelt hatte, durch den — gemessen an den österreichischen Verhältnissen — außergewöhnlich hohen Anteil an Protestanten aufgewogen. Die traditionelle wirtschaftliche Südmark-Schutzarbeit[52], die auf dem Prinzip des landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftswesens basierte[53], konnte allerdings im Burgenland angesichts der dort vorherrschenden, mit der Angliederung übernommenen Besitzverhältnisse[54] nicht in die Praxis umgesetzt werden. Die fortwährende Zersplitterung des kleinbäuerlichen Besitzes, deren Folge die Proletarisierung weiter Teile der ländlichen Bevölkerung war, verhinderte das Entstehen mittlerer Betriebsgrößen, deren Bedeutung bei der Verbreitung nationaler Ideen freilich nicht nur die

51 Anm. 49, 14

52 „[. .] Anregung zur Bildung von Spar- und Vorschußvereinen sowie gewerblichen und bäuerlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften, Förderung des Genossenschaftswesens, [. .] Stellenvermittlung, [. .] Vermittlung des Erwerbes von Liegenschaften und sonstigen Unternehmungen samt Zubehör, [. .], Unterstützung beim Ankaufe von Liegenschaften oder beim Antritt und Betriebe eines Gewerbes [. .]"; Südmark-Satzungen 1920, 2. Satz/2.; nach der Zusammenlegung mit dem Deutschen Schulverein im Jahre 1925 allerdings verschwindet dieses auf ländliche und kleinstädtische soziale Strukturen hin ausgerichtete Schwergewicht.

53 „Die bäuerliche und mittelständische Trägerschaft des Volkstumskampfes förderte das Hochkommen einer a- und antikapitalistischen Wirtschaftsgesinnung, die ihren stärksten organisatorischen Ausdruck in der neuen Genossenschaft fand. Die Genossenschaft wurde zur Grundform der neuen grenzvölkischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.", Kleo Pleyer: Die Kräfte des Grenzkampfes in Ostmitteleuropa, Hamburg 1937, 22f.

54 In den 20er Jahren besaßen 30.581 Kleinbauern (unter 10 Joch) — d.s. 70,4% der Betriebe des Landes — nur 24,3% der Kulturfläche, während 23,2% der Fläche in den Händen von etwas mehr als einem Dutzend Großgrundbesitzern konzentriert waren; vgl.: G. Schlag: Landwirtschaft und Landwirtschaftspolitik im Burgenland vom Ersten Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise, in: 60 Jahre Burgenland. Vorträge des ‚Landeskundlichen Diskussionsnachmittags' am [sic] Landesarchiv 1981, Eisenstadt 1982, 110—130; hier: 118

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Großdeutschen[55] erkannt hatten. Im Bestreben, sich in dem neuen Bundesland als nationale Partei zu etablieren, hatten sie Anfang 1921 versucht, die bereits bestehenden Verbindungen zu dem Schutzverein zu einer parteimäßigen Organisation auszubauen[56] Nach vollzogener Angliederung brach die Koalition, als die Südmark daranging, eigene Ortsgruppen aufzustellen[57], und sich in erster Linie der völkischen „Gleichrichtungs- und Erhebungsarbeit" widmete, von innen her auf. Es war klar, daß, wie sich dann bei den Landtagswahlen im Juni 1922 auch herausstellte, die das soziale Profil des Burgenlandes prägenden Kleinlandwirte und Zwergbauern, die sich daneben häufig als Arbeiter in Industrie und Gewerbe bzw. als Landarbeiter verdingten, ihre Interessen bei den Sozialdemokraten (im Norden) und dem Burgenländischen Bauernbund (im Süden) eher gewahrt sahen als bei der „Beamten- und Professorenpartei"

Die sozialen Problematiken spielten, wie Widder[58] zu Recht bemerkt, beim Aufbau der regionalen *Binnenidentität* eine eminente Rolle: Ein Verein wie die Südmark (und später der Deutsche Schulverein Südmark) hakte selbstverständlich bei den sozial bedingten Ressentiments gegenüber der ungeliebten magyarophilen Elite, den Großgrundbesitzern, der Beamtenschaft und dem Klerus, ein. Die realen — wenn auch politisch nicht umsetzbaren — ungarischen Revisionsansprüche kommen mehr als gelegen, wenn es darum geht, die legitimen Ansprüche auf dem Boden des exponierten Grenzstreifens im völkischen Diskurs fungibel zu machen: Die fortschreitende Verelendung der landarmen deutschen Schichten auf der einen und der zu einem Großteil in ausländischer, i.e. ungarischer, Hand befindliche Großgrundbesitz auf der anderen Seite ließen sich freilich leicht in einen an Suggestivkraft kaum überbietbaren monokausalen Zusammenhang bringen[59]

55 So in den parteiinternen Aufzeichnungen zur Bodenreform im Burgenland; AdR, Parteiarchiv Großdeutsche Volkspartei, Karton 48

56 AdR, Parteiarchiv Großdeutsche Volkspartei, Karton 48; Verhandlungsschrift über die Sitzung der vorläufigen Landesparteileitung für das Burgenland am 2. Februar 1921, 2; vgl.: Heidrich, cit., 49

57 AdR, Parteiarchiv Großdeutsche Volkspartei, Karton 48; Verhandlungsschrift über die Sitzung des Landesvollzugsausschusses am 21. Februar 1922, 1

58 Roland Widder: Die ‚Unschuld vom Lande' — Argumente gegen die Plötzlichkeit. Eine sozialpsychologische Annäherung an das Burgenland vor 1938, in: Burgenland 1938. Vorträge des Symposions ‚Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren' im Kulturzentrum Eisenstadt am 27. und 28. September 1988, red. H. Chmelar, Eisenstadt 1989, 38.58; hier: 41

59 So etwa in dem Bericht Ing. Lendls über „Grundbesitz und Pachtverhältnisse der Großbetriebe im Bezirk Neusiedl am See"; der Landeshauptmannschaft Abt. V am 24. März 1938 [!] übergeben durch H. Kunnert (BLA, Deutscher Schulverein Südmark A/5—6: Der Kreisleitungsobmann [i.e. der Kreisleitungsobmannstellvertreter H. Kunnert]); Lendl nimmt die Ergebnisse seiner Arbeit in dem Satz vorweg: „Auf diese Weise sind tausende von Hektar Kulturfläche und eine große Anzahl von gewerblichen Betrieben,

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

Die kulturelle Schutzarbeit entdeckte im Burgenland gewissermaßen *Amerika,* die Umstellung der vor allem im Schulbereich im argen liegenden autochthonen Strukturen, die, wenn man sie nach nationalen Gesichtspunkten durchführen wollte, von Grund auf zu erfolgen hatte, stieß daher zunächst auf ein institutionelles Vakuum, wovon im nächsten Kapitel ausführlich die Rede sein wird. Da die administrative Landnahme von offizieller österreichischer Seite aufgrund der Umstände der Angliederung vorerst nur langsam und mangelhaft anlief, hatten die Schutzvereine bei ihrer völkischen *Kolonialisierung* großen Spielraum. Die Südmark hatte zur Finanzierung der kulturellen Schutzarbeit, die von der Einrichtung von Volksbüchereien bis zur Gründung von Gesangs- und Turnvereinen reichte, bereits 1919 die sogenannte *Heinzenspende* aufgelegt, aus deren Mitteln im übrigen auch die Burgenland-Propaganda im In- und Ausland, dem Deutschen Reich, finanziert wurde. Sie sammelte weiters „Anschriften von Kaufleuten, welche beim Fehlen eines Anschriftenbuches das rasche Anknüpfen wirtschaftlicher Beziehungen ermöglichte", und widmete sich der Ersetzung der magyarischen Orts- und Wegweiser durch deutsche.[60]

Selbstredend war die Südmark, bzw. deren „westungarische Ortsgruppe", auch in dem aus Vertretern der politischen Parteien und verschiedener burgenländischer Vereine zusammengesetzten erweiterten Vorstand des Ödenburger Heimatdienstes, der sich am 7. November 1921 konstituierte, vertreten[61] Hans Ambroschitz hatte aufgrund seiner beim Kärntner Heimatdienst, an dessen Aufbau die Südmark ebenfalls erheblich mitbeteiligt gewesen war, gesammelten Erfahrungen die Gründung einer analogen Organisation im Hinblick auf die Ödenburger Volksabstimmung angeregt, deren Satzungen ausgearbeitet und bewährte Exponenten der Kärntner Volksabstimmung, unter ihnen Hans Steinacher und Maier-Kaibitsch, ins Burgenland geholt[62]. Im Falle des Ödenburger Heimatdienstes,

die mit der Urproduktion zusammenhängen, nicht mehr deutscher österreichischer Nationalbesitz. Dieser Tatsache kommt bei der allseits offenen Grenzlage des Bezirkes und der politischen Aktivität der Nachbarnationen größte Bedeutung zu." Zu den ungarischen Revisionsansprüchen vgl.: Peter Haslinger: Der ungarische Revisionismus und das Burgenland. 1922—1932, Europäische Hochschulschriften Reihe III (Geschichte und ihre Hilfswissenschaften), Bd. 616, Frankfurt/Main 1994.

60 Ferdinand Matras: Von der Südmark, in: Der Freie Burgenländer, Festnummer vom 16. November 1924, 13f.

61 Der Geschäftsführer und sein Stellvertreter in der Wiener Zentralstelle, Prof. Eitler und Prof. Miltschinsky, waren beide Südmärker.

62 Hans Ambroschitz: Drei Jahre ‚Der Freie Burgenländer' Eine Erinnerung an bewegte Tage, in: ib., 4; zum Ödenburger Heimatdienst allgemein vgl.: Hans Steinacher: Zur Frage der Ödenburger Volksabstimmung (1921), in: Burgenländische Heimatblätter 23/4 (1961), 195—202; Viktor Miltschinsky: Der ‚Ödenburger Heimatdienst'; in: Burgenländische Heimatblätter 24 (1962), 237—239; id.: Das Verbrechen von Ödenburg, Wien 1922; László Fogarassy: Die Volksabstimmung in Ödenburg (Sopron) und die Festsetzung der österreichisch-ungarischen Grenze im Lichte der ungarischen Quellen und Literatur, in: Südostforschungen XXXV/1976, 150—182

©Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesarchiv, download unter www.zobodat.at

der auf die volle *logistische* Unterstützung der Regierung zählen konnte, erwies sich einmal mehr, daß ein privater Verein aus seiner offiziösen Position heraus — schließlich durfte das offizielle Österreich laut Abstimmungsreglement Artikel 7 keinerlei Propaganda-Tätigkeit entfalten — auch in Bereiche einzudringen vermochte, die unbestreitbar jenseits seiner Kompetenz lagen, wobei sich dieser Vorstoß mit dem Hinweis auf die bereits angedeuteten anfänglichen Mängel beim Aufbau der burgenländischen Administration leicht rechtfertigen ließ. So hatte der Ödenburger Heimatdienst seine Außenstellen nicht nur an strategischen Punkten errichtet (Wiener Neustadt, Mattersdorf, Loipersbach/Schattendorf, Mörbisch, Deutschkreutz), sondern auf Wunsch der Südmark auch in Graz eine Arbeitsstelle geschaffen, die nach der Überweisung eines Anfangskapitals die weiteren erforderlichen Mittel aus „Eigenem", der *Heinzenspende,* aufbrachte[63]. Dieser Schritt wird damit begründet, daß der Ödenburger Heimatdienst „binnen kürzester Zeit durch die Verhältnisse dazu veranlaßt [wurde], das gesamte Burgenland unter seine Obhut zu nehmen."[64] Um die magyarische antiösterreichische Propaganda im bereits besetzten Burgenland, die gegen Ende 1921 in erster Linie von den Geistlichen, Notären, Richtern und Lehrern getragen wurde, zu kontrastieren, mußte man eben auch beim Aufbau der Administration mithelfen, sich bei der Vergabe der für die politische Meinungsbildung im dörflichen Verband relevanten Stellen ein Mitspracherecht sichern und zugunsten *völkisch zuverlässiger* Bewerber intervenieren[65], die Bevölkerung bei der Stange halten: „Als das Versagen der Zivilverwaltung offenbar wurde, verschlimmerte sich die Stimmung von Tag zu Tag, immer häufiger konnte man es hören: ‚So hättet Ihr das Land nicht übernommen, wenn Ihr es nicht verwalten könnt.' Und das war für den Ödenburger Heimatdienst ausschlaggebend. Es galt, der Unzufriedenheit sozusagen ein Ventil zu öffnen [. .]."[66]

63 Begleitschrift anläßlich der Abrechnung des ‚Ödenburger Heimatdienstes' [streng vertraulich]; Wien, am 27. Februar 1922, gez. Miltschinsky; BLA, Anschlußarchiv Fasz. 16 C/I/12 — 5: Ödenburger Heimatdienst

64 ib., 3

65 Vgl.: Matras, cit., 13

66 Anm. 63, 5

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Burgenländische Heimatblätter

Jahr/Year: 1994

Band/Volume: 56

Autor(en)/Author(s): Streibel Andreas

Artikel/Article: "Von der Alm zur Puszta". Zur Rolle völkischer Schutzvereine bei der Angliederung des Burgenlandes an Österreich 49-77